Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 12

Artikel: Der Weg der Sozialdemokratie
Autor: Oprecht, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332480

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- AUGUST 1936 -- HEFT 12

Der Weg der Sozialdemokratie

Von Hans Oprecht

Allzulange hinderten und erschwerten programmatische Festlegungen die Politik der Sozialdemokratie in der Schweiz. Es besteht jetzt bei niemandem mehr ein Zweifel darüber, daß die sogenannte »Diktatur des Proletariats« des alten Parteiprogramms nicht nur ein Schönheitsfehler war, sondern ein schweres Hemmnis für eine wahrhaft sozialistische Politik in der Schweiz gebildet hat.

Die Sozialdemokratie kann nur demokratisch sein — oder sie wird überhaupt nicht mehr sein.

Auch die Haltung der Sozialdemokratie in der Militärfrage war in der Vergangenheit nichts weniger als politisch. Wer die Macht im Staat erobern will, der darf in der Wehrfrage nicht einem Schein-Pazifismus huldigen; auch die reinste Gesinnung kann dabei an der Macht der Verhältnisse scheitern. Léon Blums hoher Idealismus wird dann das Opfer des germanischen Militarismus werden, wenn Blum vergessen sollte, seinen Idealismus durch die Gewalt einer Volksarmee tragen zu lassen und damit der Idee der kollektiven Sicherheit zu dienen. Aus politischen Erwägungen heraus hat die Sozialdemokratie in der Schweiz in ihrer programmatischen Einstellung sowohl in der Frage der Diktatur als auch in der Militärfrage sich umstellen müssen. Daraus lassen sich die Beschlüsse des Parteitages in Luzern vom Januar 1935 allein erklären. Der Beschluß des Zürcher Parteitages 1936 steht dabei nicht ohne weiteres im Widerspruch zu dieser neuen politischen Haltung der Sozialdemokratie. Die grundsätzliche Umstellung in der Wehrfrage bedeutet nämlich keineswegs, daß die Sozialdemokratie nun unbesehen vor allen Projekten des Chefs des Eidgenössischen Militärdepartementes zu kapitulieren habe. Aufgabe und Pflicht der Sozialdemokratie bildet vielmehr, dafür zu sorgen, daß die Frage der bestmöglichen Landesverteidigung zu einer solchen des ganzen Volkes gemacht wird und nicht, wie es heute der Fall ist, eine solche der berufsmäßigen Militärs bleibt. Armee und Volk bilden im modernen Krieg eine unteilbare Einheit. Die totalitäre Landesverteidigung verlangt darum gebieterisch nach der Verlagerung der Macht von der militärischen auf die zivile Gewalt. Nur, wenn das Schweizervolk

auch im Militärwesen selber regiert, ist eine erfolgreiche Landesverteidigung zu erlangen. Darum muß bei aller grundsätzlichen und vorbehaltlosen Bejahung des Wehrwillens durch die Sozialdemokratie das Recht der Kritik, ja sogar der Ablehnung bestimmter Vorlagen gewahrt bleiben und auch, wenn nötig, geübt werden.

Die Wandlungen, die die sozialdemokratische Politik in programmatischer Hinsicht in den letzten Jahren erfahren hat, rufen der Erinnerung an eine Periode der sozialistischen Geschichte in der Schweiz, die um die Jahrhundertwende ihren Abschluß fand und die am besten mit dem Begriff des »eidgenössischen Sozialismus« gekennzeichnet werden könnte. Wir jüngern Sozialisten orientieren uns damit wieder an den Ideen des Berners Steck und führen fort, was er und andere in den letzten 20 Jahren des vergangenen Jahrhunderts als Schweizer Sozialisten verkündigt, verfochten und dafür gekämpft haben.

»Die Sozialdemokratie«, schreibt Albert Steck in seinem »Arbeiterlesebuch«, »wenn auch aus natürlichen Gründen ihr Anhang zumeist aus der Arbeiterklasse sich bilden muß und in dieser Beziehung das oft gebrauchte Wort: die Befreiung der Arbeit muß durch die Arbeiter selber geschehen — eine praktische Wahrheit enthält, ist in der Tat Volkssache; die Arbeiterbewegung aber ist nur Arbeitersache; weil es sich bei ihr, solange sie nicht in der sozialdemokratischen Bewegung sich abklärt und verdichtet, wirklich nur um Besserung der Lage der Arbeiterklasse innerhalb der heutigen Ordnung der Dinge handelt.« »Es gilt, auch die Gedrückten und die Einsichtigen und Wohlmeinenden des Beamten-, des Handels-, des Gewerbe-, des Bauernstandes herbeizuziehen und ihnen einen Boden zu bieten, auf dem sie sich ihren Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten entsprechend an den Bestrebungen der Sozialdemokratie tätig beteiligen können.« Ich verweise dazu im einzelnen auf Dr. Mario Gridazzi: »Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz.«

Die erste, dringendste und große Aufgabe, die allen heute gestellt ist, lautet: Wie kann in der Schweiz die Arbeitslosigkeit beseitigt, wie kann die Wirtschaftskrise überwunden, wie kann der Produktionsapparat wieder derart in Gang gebracht werden, daß allen Arbeit und Brot gesichert ist?

Wir anerkennen nicht, daß ein Dilemma besteht, wofür als Lösung es nur ein Entweder—Oder gebe. Wir verneinen die Anpassung mit Hilfe der Deflation, das heißt den allgemeinen Abbau der Preise und Löhne, wir verneinen aber auch die Anpassung mit Hilfe der Devalvation, das heißt die Abwertung des Schweizerfrankens, die Senkung des Wechselkurses.

Der dritte Weg ist der Weg der Sozialdemokratie: Mit Hilfe der dirigierten Wirtschaft und eines großzügigen Planes der Arbeitsbeschaffung eine Ausweitung des Konsums und damit eine Ankurbelung der Produktion herbeizuführen!

Der Außenhandel ist dabei von Staates wegen zu fördern und zu lenken, der Kredit ist dazu in seinen Dienst zu stellen. Dadurch allein dürfte es möglich werden, der schweizerischen Qualitätsarbeit auf

dem Weltmarkt den Platz an der Sonne wieder zu erobern. Kredit- und Währungspolitik können für uns kein unberührbares Heiligtum mehr bilden; sie haben der Volkswirtschaft in ihrer Totalität zu dienen. Das Kredit- und Währungssystem muß zum »Oeffentlichen Dienst« gewandelt werden. Jene Zweige der Wirtschaft, die heute in den Händen einiger Weniger monopolmäßig beherrscht werden, sind im Interesse des Staates und des Volkes zu nationalisieren. Der Ertrag der nationalisierten Wirtschaft ist dem Volk in seiner Gesamtheit gutzuschreiben. Eine Reihe von Einzelfragen, wie zum Beispiel die Entschuldung der Schweizerischen Bundesbahnen und auch die der Landwirtschaft lassen sich auf diese Weise ohne große Schwierigkeiten lösen. Ein Programm zur großzügigen Beschaffung von Arbeit besteht; es gilt, dieses Programm nur zu realisieren (Gutachten Grimm-Rothpletz und Gutachten Käch). Im Zusammenhang damit ist die durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit (40-Stunden-Woche) durchzuführen.

Das Programm der dirigierten Wirtschaft ist nicht Sozialismus. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt. Sie tritt damit dafür ein, daß auf überparteilicher Grundlage, über alle Wirtschaftsorganisationen und über alle Parteien hinweg eine Verständigung aller jener herbeizuführen ist, die den dritten Weg, den der dirigierten Wirtschaft, im Interesse der Arbeitsbeschaffung und zum Zwecke der Ueberwindung der Wirtschaftskrise gehen wollen. Die Arbeiter, die Angestellten, die kleinen Leute in Landwirtschaft, Handel, Industrie, Gewerbe, die Intellektuellen, die Sparer — sie alle haben ein Interesse daran, den dritten Weg zu gehen.

Der Zweck ihres gemeinsamen Vorgehens ist dabei, eine Wirtschaftspolitik im Bund durchzusetzen, die den technisch entwickelten Produktionsapparat der Wirtschaft in der Schweiz wieder flott und ihn dem Volksganzen dienstbar macht.

Die Aenderung der machtpolitischen Verhältnisse im Bund gewährt dabei allein eine Garantie für den Erfolg solchen Vorgehens. Das heißt nicht, daß die Sozialdemokratie die Macht allein wolle. Sie will die Macht mit denen zusammen, die den dritten Weg zu gehen bereit sind.

Dazu sagen wir: Ohne Aenderung der machtpolitischen Verhältnisse geht es nicht. Denn *den* Glauben haben wir längst aufgegeben, daß auf diejenigen, die heute an der Macht sind, noch irgendeine Hoffnung gesetzt werden darf. Das wäre schlimmster Selbstbetrug. Nichts ist heute dringender und national notwendiger als eine starke Regierung, getragen vom Willen und Vertrauen des Volkes, die weiß, was sie will und dementsprechend handelt. Die jetzige Bundesregierung ist sicher keine solche Regierung. Der Bundesrat weiß trotz aller Ermahnungen seitens der bürgerlichen Presse auch heute, in der Zeit der schwersten Not, immer noch nicht, was er will und was er soll. Nur eine durchgreifende, radikale Aenderung der machtpolitischen Verhältnisse wird auch eine radikale Umstellung der Wirtschaftspolitik im Sinne der latent vorhandenen Volksmehrheit herbeiführen.

Es ist darum Spiegelfechterei schlimmster Art, wenn die »Nationalzeitung« durch eine sophistische Auslegung des »Plans der Arbeit«

zu behaupten wagt: »Wenn die sozialdemokratische Presse jetzt erklärt: Der Zweck des Planes sei, die machtpolitischen Verhältnisse zu ändern, so antworten wir: Der Wille der Volksmehrheit geht dahin, daß eine andere Wirtschaftspolitik gemacht wird, und nicht dahin, daß der Sozialdemokratischen Partei die politische Macht übergeben werde ... Die Durchführung des Plans als unteilbares Ganzes setzt eine rein sozialistische Regierung voraus.« Der Mann, der in der »Nationalzeitung« diese Sätze verbrach, hat offenbar die Idee des »Plans der Arbeit« gar nie kapiert. Es geht uns nicht um parteipolitische Interessen. Es geht uns mit dem »Plan der Arbeit« um das Wohl des ganzen Volkes. Wir wissen: nur, wer heute imstande ist, Politik im Interesse des ganzen Volkes zu machen, der wird vom Volk zu seiner Führung auch berufen werden. Die »Basler Nachrichten« und die »Neue Zürcher Zeitung« fürchten, daß wir mit »unserem Weg« daran sind, das Volk für unsere Politik zu gewinnen. Wie könnten sonst die »Basler Nachrichten« den Bundesrat derart deutlich an seine Pflicht ermahnen: »Nur, wenn der Bundesrat und die bürgerlichen Regierungsparteien sich imstande zeigen, die große Wirtschaftskrise zu bekämpfen, wird das Volk das Mandat von 1935 wieder anerkennen und erneuern.« Und wie wagte es sonst die »Neue Zürcher Zeitung«, von den Zweifeln an den Fähigkeiten des Bundesrates derart offen zu schreiben, wenn sie dazu nicht die Angst veranlassen würde, die Sozialdemokratie könnte für den »dritten Weg« das Volk gewinnen? Es schreibt die »Neue Zürcher Zeitung«: »In weiten Volkskreisen besteht der Eindruck, die verantwortlichen Behörden des Landes ließen es in dem Kampf gegen die Krise an Energie und Konsequenz fehlen ... Die Zweifel an der Fähigkeit unserer Behörden könnten ... sich leicht zu grundsätzlichen Zweifeln an der Richtigkeit unseres staatlichen Systems verdichten.«

Als wir früher solches behaupteten, hat man uns undemokratischer Gesinnung verdächtigt. Wir sind überzeugte Demokraten. Darum glauben wir, daß die Sozialdemokratie mit ihrer neuen Politik auf gutem Wege sich befindet. Die nahe Zukunft wird das beweisen.

Der große Kampf Spaniens

Von Robert Bolz

Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, prangt Madrid im Flaggenschmuck: die Armee des Verschwörergenerals Molla stieß bei ihrem von Guadarrama und Jadrague ausgehenden Doppelzug zur Eroberung der spanischen Hauptstadt auf Streitkräfte der Volksrepublik; der General konnte die Stellungen nicht überrennen, er wurde vielmehr von den Kräften der Republik zum Rückzug gezwungen. Es sieht im Augenblick so aus, als ob auf der Iberischen Halbinsel die Volksrepublik sich siegreich behaupten würde. Deshalb zog Madrid Flaggen hoch. Es freut sich der abgewendeten Gefahr;